



# info



*Dierk Hirschel:*

## Das Ende des Finanzmarktkapitalismus

Die Frankfurter und Münchner Glaspaläste stehen in Flammen. Dem deutschen Bankensystem droht die Kernschmelze. Die Wirtschaft befindet sich im freien Fall. Spätestens im Herbst trifft die Krise mit voller Wucht den Arbeitsmarkt.

Während der staatliche Rettungseinsatz auf Hochtouren läuft, wird über die Brandursachen diskutiert. Das ist gut so. Eine klare Analyse der Krisenursachen ist die Voraussetzung für einen wirksamen Brandschutz in der Zukunft. Es geht aber um mehr. Diese Krise bietet eine historische Chance, einen entfesselten Kapitalismus reformpolitisch zu zivilisieren.

### Marktversagen

Mit dem Crash von Wall-Street & Co wurde der Mythos sich selbst steuernder Märkte entzaubert. Vermeintlich effiziente Märkte bestanden nicht den Praxistest. Auf den Finanzmärkten gibt es weder funktionierenden Wettbewerb noch verfügen alle über dieselben Informationen. Der Marktmanipulation sind Tür und Tor geöffnet. Finanzmärkte sind zudem durch Herdenverhalten gekennzeichnet: Aus Fehlentscheidungen einzelner Anleger entstehen so gesamtwirtschaftliche Fehlentwicklungen. Im Boom steigen die Vermögenswerte und somit auch das Kreditschöpfungspotenzial. In Erwartung hoher Renditen schwindet das Risikobewusstsein. So entstehen immer wieder Spekulationsblasen. Dieses Marktversagen soll nun durch einen neuen und besseren Ordnungsrahmen begrenzt werden. Beispielsweise mit stärkeren Eigenkapitalanfor-

derungen und nachhaltigen Vergütungs- und Anreizsystemen, soll verhindert werden, dass sich die Vergangenheit wiederholen kann. Ordnungspolitik allein reicht aber nicht aus.

### Finanzmarktkapitalismus

Marktversagen erklärt nur einen Teil der Krise. Ein neuer Ordnungsrahmen ist wichtig, löst aber nicht die Krise des kapitalistischen Produktions- und Konsummodells. Die Gewinn- und Vermögenseinkommen sind in den letzten Jahrzehnten weltweit explodiert. Der finanzmarktgetriebenen Kapitalismus hat die Renditen auf dem Rücken der abhängig Beschäftigten in astronomische Höhen klettern lassen. Neu ist nicht, dass die kapitalistischen Produktionsverhältnisse Kapitalüberschüsse erzeugen. Neu ist aber die dominante Anlage der Überschüsse als Geldkapital. Das globale Finanzvermögen beläuft sich mit 200 Bio. US\$ auf das Mehrfache des Weltsozialproduktes. Dieser Entwicklung hat die Politik den Weg geebnet:

### INHALT

- *Wirtschaftskrise*
- *Neue KOS-Kampagne*
- *BSG-Urteile*

Die „unternehmerischen Freiheiten“ der Kapitalmarktakteure wurden aktien- steuer- und unternehmensrechtlich erweitert. Die Gewerkschaften wurden durch die politische Deregulierung und Prekarisierung des Arbeitsmarktes geschwächt. Hohe Einkommen und Vermögen wurden steuerlich gepflegt. Die Teilprivatisierung der sozialen Sicherungssysteme und der Daseinsvorsorge erweiterte das Anlagespektrum auf den Finanzmärkten. Die Kehrseite der steigenden Einkommens- und Vermögenskonzentration waren stagnierende Masseneinkommen. Hierzulande stiegen die Realeinkommen der Beschäftigten nicht einmal mehr im Aufschwung. Folglich kam der private Verbrauch nicht mehr vom Fleck.

*Fortsetzung auf Seite 2*

**DGB**

**DIE KRISE BEKÄMPFEN.**

**DEMO, BERLIN, 16. MAI**

Fortsetzung von Seite 1

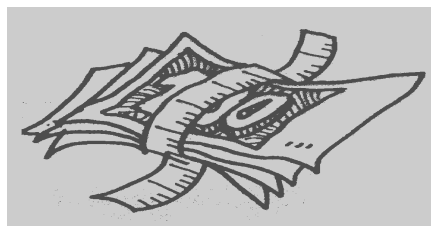
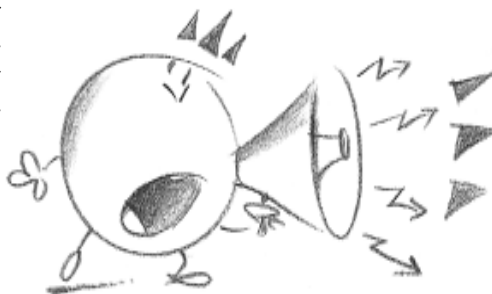
Die USA „lösten“ diese Wachstumsbremse, indem sie den Konsum auf Pump organisierten, Deutschland durch eine aggressive Exportstrategie. Mit der Krise funktioniert aber der kreditfinanzierte US-Staubsauger der Weltmärkte nicht mehr. Folglich müssen die bisherigen Trittbrettfahrer der Weltwirtschaft zukünftig ihre Binnenmärkte entwickeln. Tun sie das nicht, schrumpfen Alle.

Ein stärker binnenmarktorientiertes Modell des Wirtschaftens erfordert mehr öffentliche Investitionen und höhere Löhne. Dazu bedarf es jetzt einer Neuordnung des Arbeitsmarktes. Mit Hilfe eines gesetzlichen Mindestlohns, der staatlichen Förderung regulärer Beschäftigung – bei gleichzeitiger Diskriminierung prekärer Beschäftigung – und der Minderung des Erwerbsarbeitszwangs (Abschaffung der verschärften Zumutbarkeit) kann die Schiefelage der Machtverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt ausgeglichen werden. Damit wäre der Weg frei für eine dynamischere Lohn- und Konsumententwicklung.

### **Märkte sind sozial und ökologisch blind**

Die jüngste Entwicklung hat nochmals deutlich gemacht: Entfesselte Märkte sind sozial blind. Es gibt keine soziale Form der Kapitalverwertung. Das Soziale am Kapitalismus wurde ihm stets in verteilungspolitischen Auseinandersetzungen abgerungen. Diese Erkenntnis muss wieder zum Allgemeingut politischen Handelns werden.

Eine umfassende soziale Regulierung des Kapitalismus ist geboten: Der Sozialstaat der Zukunft braucht ein ausgewogenes Verhältnis von Flexibilität, sozialer Sicherheit und Qua-



lifizierung. Mindestlohn, Kündigungsschutz und hohe Lohnersatzleistungen sorgen für ein Mindestmaß an Einkommens- und Beschäftigungsstabilität. Die Risiken prekärer Erwerbsverläufe müssen durch Grundversicherungsmodelle abgedeckt werden. Die großen sozialen Sicherungssysteme müssen zu einer Bürger- bzw. Erwerbstätigenversicherung umgebaut werden.

Ein moderner Sozialstaat setzt auf Prävention. Qualifizierung und Weiterbildung müssen an die Stelle des phantasielosen Drucks durch Transferkürzungen und verschärfter Zumutbarkeit treten. Ein moderner Sozialstaat betreibt Beschäftigungspolitik. Die sozialen Dienstleistungen sollten ausgebaut werden. Ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor ist die Alternative zur passiven Finanzierung von Langzeitarbeitslosigkeit. Ein moderner Sozialstaat ist aber auch ein investiver Sozialstaat. Für die Finanzierung des zukünftigen Sozialstaates müssen Gewinn- und Vermögenseinkommen steuerlich stärker herangezogen werden.

Entfesselte Märkte sind nicht nur sozial, sondern auch ökologisch blind. Der Kapitalismus untergräbt gerade seine eigenen Produktionsgrundlagen. Neben einem ökologisch ausgeprägten Umbau der marktconformen Anreizsysteme, der brachliegen-

des Kapital etwa in regenerative Energien und Energiesparmaßnahmen und umleitet, brauchen wir einen handlungsfähigen Staat, der im Rahmen einer ökologischen Industriepolitik als Entwickler, Innovator, Investor und Nachfrager voranschreitet.

### **Eigentumsfrage und Wirtschaftsdemokratie**

Die aktuelle Krise setzt auch die Eigentumsfrage wieder auf die Tagesordnung. Zunächst nur im Fall notleidender Banken. Hier sollte der Staat aber nicht als reiner Reparaturbetrieb auftreten. Der neue öffentliche Eigentümer muss auch in die Geschäftspolitik der Banken eingreifen. Das Märchen vom Staat als per se schlechten Unternehmer hat ausgedient. Die bisherige Privatisierung und Liberalisierung hat keine billige, flächendeckende und hochwertige Versorgung mit öffentlichen Gütern gebracht. Von der Entwicklung der Löhne und Arbeitsbedingungen der privatisierten Bereiche ganz zu schweigen. Bei natürlichen Monopolen (Energieversorgung, Bahn) ist ein funktionsfähiger Wettbewerb kaum herstellbar. In welchen Bereichen privates, staatliches, vergesellschaftetes oder genossenschaftliches Eigentum die höchste ökonomische und soziale Effizienz bringt, muss wieder neu diskutiert und entschieden werden.

Ein zukünftig stärkerer Staat erfordert aber auch eine weitergehende Demokratisierung der Gesellschaft. Dazu kann an die starke wirtschaftsdemokratische Tradition der deutschen Gewerkschaften angeknüpft und diese weiterentwickelt werden. Mehr Wirtschaftsdemokratie bedeutet dann ein Mehr an betrieblicher und überbetrieblicher Mitbestimmung, eine demokratische Selbstverwaltung der Wirtschaft, ebenso wie plurale Eigentumsformen, eine bessere Regulierung und makroökonomische Steuerung.

Diese historische Krise ist eine historische Chance für eine soziale und ökologische Reformpolitik. Wie eine solch reformierte Gesellschaft sich langfristig entwickelt und welche Rolle die Profitlogik in ihr spielen wird, ist ein offener Prozess, auf den es sich lohnt einzulassen.

**Dierk Hirschel, Chefökonom des DGB**

Dieses A-Info wurde gefördert von der

**Hans Böckler  
Stiftung**

#### IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Horst Schmitthener (Förderverein gewerkschaftlicher Arbeitslosenarbeit, Märkisches Ufer 28, 10179 Berlin)

Text und Redaktion: Martin Künkler

Entwurf, Gestaltung, Satz, Druck + Verarbeitung: druck-kooperative lage (Print und Medien-Service)



# Armut bekämpfen - Reichtum umverteilen!



Wir möchten alle Erwerbsloseninitiativen einladen, mit dezentralen Aktionen bei der neuen Kampagne mitzumachen. Bei Nachfragen oder wenn Ihr weiteren Rat und Unterstützung benötigt, könnt Ihr uns gerne anrufen.

## Erste Materialien

Der beiliegende **Flyer** kann ab sofort bei der KOS bestellt werden. Die erste Auflage (15.000 Stück) können wir aus unserem Aktionshaushalt finanzieren und stellen nur die Portokosten in Rechnung. Danach geben wir die Flyer zum Selbstkostenpreis (10 Cent/Stück) zzgl. Porto ab.

Als Blickfang für örtliche Aktionen gibt es ein **Banner** (3x1m) mit dem Kampagnen-Logo. Das Banner kann entweder gekauft (100 Euro/Stück zzgl. 9 Euro Versandpauschale) oder über die KOS ausgeliehen werden. Bei der Ausleihe fallen bei Euch nur die Kosten für Porto (Paket, 6,90 Euro) an, wenn Ihr das Banner an die nächste Initiative weiterschickt, die es einsetzen will.

## Aktionsphasen

Wir haben uns in der Vorbereitungsgruppe auf **zwei Aktionsphasen** verständigt, in denen möglichst viele dezentrale Aktivitäten gebündelt stattfinden sollen: Vor der Sommerpause in der Woche vom **22. bis 27. Juni** sowie unmittelbar vor der Bundestagswahl ab dem **7. September**.

## Erste Aktionsideen

Hier schon mal einige Beispiele für erste Aktionsideen mit denen Info-

stände oder Flugblatt-Verteilaktionen aufgepeppt werden können:

### Tatort Regelsatz

Als Blickfang wird ein Tatort aufgebaut: aufgemalte Umriss einer „Leiche“, Absperrband, nummerierte Beweistücke (= Beispiele für einzelne Ausgabenpositionen) und alles entsprechend beschriftet.

### Schutzschirm für Menschen

Aktion vor Filialen der Commerzbank (nur bei gutem Wetter auffällig). Ein großer Regenschirm symbolisiert den Rettungsschirm für Banken, mehrere kleine, entsprechend beschriftete Regenschirme (Mindestlohn, 440 Euro „Hartz IV“ usw.) unsere Forderung nach einem „Schutzschirm für Menschen“. Die Aktion wurde auf einem ver.di-Seminar erfunden und erfolgreich – unter Applaus der Passanten (!) – in Bielefeld ausprobiert.

### Egal wie der Würfel fällt...

... es geht um unser Geld – in Anspielung auf die Bundestagswahl im Herbst. Als Blickfang dient ein großer Würfel (z.B. aus Styropor) dessen Ecken rot, grün, gelb und schwarz sind und deren Flächen Fragen oder Stichworte zu Hartz IV tragen (oder allgemeiner zur Sozialpolitik oder zu Verteilungsfragen). Jeder Wurf wird (über Megaphon) erklärt. Die Aktion wurde in Bochum erfunden und durchgeführt.

### Hartz IV als Gespenst (oder Räuber)

Eine entsprechend kostümierte (und beschriftete) Person stellt das Hartz-IV-System dar: Entweder „weiß“ als

Gespenst (Hartz IV macht Angst) oder „schwarz“ als Räuber (Hartz IV raubt Kindern Bildungs-/Entwicklungschancen).

Mehr Infos: [www.erwerbslos.de](http://www.erwerbslos.de)  
Bitte informiert uns über Eure Aktivitäten!

## „Alarm machen“ am 16. Mai

Die Demonstrationen am 28. März waren ein guter und wichtiger Auftakt für die Sozialproteste im Krisen- und Wahljahr 2009 – allerdings mit „Luft nach oben“.

Wir meinen: Jetzt, bei der Demonstration des EGB/DGB am 16.5. in Berlin gilt's: Die Demonstration muss eine machtvolle werden von der ein starkes Signal ausgeht für eine grundlegend andere Politik zur Bewältigung der Krise. Dies gelingt nur, wenn wir eine massenhafte Beteiligung erreichen!

Wir halten den 16.5. für einen ganz wichtigen Termin, der mit darüber entscheidet, wie die politischen Auseinandersetzungen weiter verlaufen werden. Daher rufen wir alle Erwerbsloseninitiativen auf: **Kommt nach Berlin!** Macht mit und werbt vor Ort für die Demonstration!

Weitere Infos: [www.dgb.de](http://www.dgb.de) und  
<http://sechzehnter-mai.verdi.de/>

## kurz & knapp

### Neue Leitfäden & Ratgeber

Soeben ist der neue „Leitfaden für Arbeitslose – Der Rechtsratgeber zum SGB III“ aus dem Fachhochschulverlag erschienen (26. Auflage, Stand 2.3.2009, 656 S., 15,00 Euro zzgl. Porto, ISBN: 978-3-940087-35-5).

Der neue „Leitfaden zum Arbeitslosengeld II“ erscheint voraussichtlich im Mai 2009 (6. Auflage, Stand 1.4.2009, 684 S., 15,00 Euro zzgl. Porto, ISBN: 978-3940087-38-6).

Diese beiden „gelben Bibeln“ aus dem Fachhochschulverlag sind aus unserer Sicht ein absolutes Muss für alle, die Erwerbslose beraten.

**Bezug u.a. über [www.fhverlag.de](http://www.fhverlag.de)**

Unser eigener, grundlegend überarbeiteter ALG-II-Ratgeber „**Wissen und Tipps für Betroffene**“ (DIN A 5, 128 S., 5,00 Euro zzgl. 1,50 Euro Versandpauschale) sowie unser neuer ALG-I-Ratgeber „**Erste Hilfe bei (bevorstehender) Arbeitslosigkeit**“ (DIN A 5, voraussichtlich 64 S., 2,00 Euro plus Porto) erscheinen beide im Juni 2009.

Während die Leitfäden aus dem Fachhochschulverlag durch fachliche Qualität und Tiefgang bestechen, sind unsere Ratgeber für Betroffene und als Hilfe zur Selbsthilfe gedacht: Sie sind verständlich und lebensnah geschrieben und informieren kurz und prägnant über die wichtigsten Dinge.

### Aktuelle E-Mail-Adressen

Zur neuen Kampagne versenden wir regelmäßig einen elektronischen Newsletter. Darüber hinaus gibt es zwischen den Ausgaben des A-Infos anlassbezogen weitere Infos per Rundmail. Diese Informationen kommen jedoch nur an, wenn wir Eure aktuellen E-Mail-Adressen kennen. Zurzeit haben wir einen extrem hohen Rücklauf an unzustellbaren Mails. Deshalb die Bitte: Schickt uns eine

kurze Mail (mit Namen und Adresse der Initiative) und zwar an Kollegen Lutz Renell: [renell@erwerbslos.de](mailto:renell@erwerbslos.de)

### Aktuelle Urteile des Bundessozialgerichts zum ALG II



#### Unfallrente aus „NVA-Wehrdienst“

Eine Verletztenrente der gesetzlichen Unfallversicherung ist als Einkommen nach § 11 SGB II anzurechnen. Dies gilt auch dann, wenn die Verletztenrente wegen eines Schadens gezahlt wird, der während des Wehrdienstes in der DDR entstanden ist. Eine Wehrdienstbeschädigung wurde nach dem Recht der DDR wie ein Arbeitsunfall behandelt und von der Sozialversicherung entschädigt. Nach der deutschen Einheit wurden diese Unfallrenten der DDR in die gesetzliche Unfallversicherung überführt.

Anders war die Rechtslage für Berufs- und Zeitsoldaten in der ehemaligen DDR, die nach der Versorgungsordnung der NVA entschädigt und später in der Bundesrepublik in die Soldatenversorgung überführt wurden. Diese Renten sind privilegiert und anrechnungsfrei. Das BSG bewertet diese unterschiedliche Zuordnung nicht als verfassungswidrig.

**B 14 AS 15/08 R vom 17.3.2009**

#### BAföG

Das „BAföG“ ist teilweise als zweckbestimmte Einnahme (nach § 11 Abs. 3 Nr. 1 a SGB II) bei der Ermittlung des Einkommens nicht zu berücksichtigen. Denn das BAföG dient sowohl dem Zweck, den Lebensunterhalt zu sichern, als auch dem Zweck, die Ausbildung zu finanzieren. Wie zum Teil von den Ämtern bereits praktiziert legte das BSG den für die Ausbildung zweckbestimmten und somit anrechnungsfreien Anteil auf 20% des BAföG (82,40 Euro = 20% von 412 Euro) fest. Darüber hinaus sieht das BSG jedoch keine Rechtsgrundlage, um weitergehende Kosten für die Ausbildung geltend machen zu können – selbst dann nicht, wenn diese nachgewiesen werden können.

Der anrechenbare Teil des BAföG kann lediglich noch um die 30-Euro-Versicherungspauschale und – soweit angefallen – um die nachgewiesenen Ausgaben für eine Kfz-Versicherung bereinigt werden.

**B 14 AS 61/07 R, B 14 AS 62/07 R und B 14 AS 63/07 R vom 17.3.2009.**

#### „Gemischte“ Bedarfsgemeinschaften (BG)

Zwischenzeitlich wurde die schriftliche Urteilsbegründung einer BSG-Entscheidung aus dem letzten Jahr bekannt, die wichtige Vorgaben dazu enthält, wie das Einkommen einer Person (z.B. Altersrentner) anzurechnen ist, die zwar zur BG gehört aber selbst von Leistungen (nach § 7 SGB II) ausgeschlossen ist:

1. Der „Bedarf“ (fiktiver Anspruch) der nicht-leistungsberechtigten Person ist nach den Regeln des SGB II zu bestimmen (ggf. einschl. Mehrbedarfe, KdU anteilig pro Kopf).

2. Das Einkommen der nicht-leistungsberechtigten Person ist nach den Regeln des SGB II zu bereinigen (nach § 11 und ALG II VO).

3. Der Gesamtbedarf der BG ergibt sich aus der Summe der individuellen Ansprüche der leistungsberechtigten Personen – ohne die nicht-leistungsberechtigte Person.

4. Diesem Gesamtbedarf ist das Einkommen gegenüberzustellen, im verhandelten Fall das Einkommen des Altersrentners, der von SGB II Leistungen ausgeschlossen war: Dieses anrechenbare Einkommen ergibt sich aus dem bereinigten Einkommen abzüglich dem fiktiven Bedarf der nicht-leistungsberechtigten Person.

5. Entgegen des Wortlauts des § 9 Abs. 2 Satz 3 SGB II (so genannte horizontale Methode) ist in solchen gemischten BGs nicht jeder Person einer BG ein Bedarfsanteil im Verhältnis des eigenen Bedarfs zum Gesamtbedarf zuzuordnen, da dies zu Lücken in der Bedarfsdeckung führt.

Das den Bedarf der nicht-leistungsberechtigten Person übersteigende Einkommen ist nur auf die hilfebedürftigen Personen entsprechend dem Anteil ihres Bedarfs am Gesamtbedarf zu verteilen.

**B 14/7b AS 58/03 R vom 15.04.2008**